



## Protokollauszug

### zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 11.12.2019, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

#### ÖFFENTLICH

TOP 1                      Sportprojekte 2019  
- mündlicher Bericht

---

#### **Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** begrüßt die Anwesenden zur letzten Sitzung des Ausschusses in diesem Jahr und geht in einem kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr 2019 ein. Er bedankt sich beim Gremium für die gute Zusammenarbeit. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft EBM Seigfried TOP 1 auf.

Herr **Dahler** (FB Sport und Gesundheit) berichtet über die Sportprojekte anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

EBM **Seigfried** dankt dem Fachbereich. Neben dem Schwerpunkt der Vereinsförderung gebe es weitere Formate und lobt die Arbeit. EBM Seigfried eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Bauer** spricht seinen Dank aus und erinnert an vergangene Landesturnfeste.

Bewegung sei eine wichtige Medizin für die Gesellschaft, so Stadträtin **Dr. Traub**. Neben dem Vereinssport und privaten Anbietern biete man ein niederschwelliges breites Angebot und lobt die Arbeit.

Ebenso lobend äußert sich Stadträtin **Moersch**. Das Angebot habe eine Anziehungskraft und sei großartig.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** dankt ebenso und lobt die erfolgreichen Angebote. Er wünscht weitere Angebote auf öffentlichen Anlagen. Es sollten unterschiedliche Altersgruppen angesprochen werden. Um Vorfreude zu wecken, sollen die Bürger mit Aktionen auf das Landesturnfest vorbereitet werden. Kritisch solle beachtet werden, dass zu den privaten Anbietern und Sportvereinen keine Konkurrenz entstehe.

Die Angebote seien niederschwellig und gut, lobt Stadtrat **Heer**.

Stadträtin **Shoaleh** spricht ebenso ihren Dank aus und will wissen, ob Inklusion beachtet werde.

Die Angebote seien grundsätzlich offen, so Herr **Dahler**. Inklusion werde mitgedacht, jedoch sei dies nicht bei allen Angeboten möglich.

**Beschluss:**

Der Hockey-Club Ludwigsburg 1912 e.V. erhält für die Errichtung eines Aufenthaltscontainers und einer Toilettenanlage einen Zuschuss (50 % der anrechenbaren Kosten) in Höhe von gerundet 12.530 € sowie einen Zuschuss für Eigenleistungen in Höhe von 6.825 €. Der Verein erhält höchstens 19.355 €.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Schmidt

**Beratungsverlauf:**

Nachdem ein Sachvortrag nicht erwünscht wird, eröffnet EBM **Seigfried** die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** will nähere Informationen bezüglich der Unzumutbarkeit der Nutzung der bestehenden Toilettenanlagen.

Herr **Dahler** begründet dies mit der Aufsichtspflicht und der fehlenden Sichtbeziehung aufgrund der räumlichen Entfernung.

Stadtrat **Heer** begrüßt die Maßnahme und signalisiert seine Zustimmung.

Die Maßnahme sei notwendig, merkt Stadträtin **Dr. Traub** an und lobt die Eigenleistungen der Vereinsmitglieder.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorlage abstimmen.

---

**Beschluss:**

Der Aufnahme von 5 weiteren Plätzen in der Naturgruppe wird für das Kindergartenjahr 2019/2020 zugestimmt, der laufende Betriebskostenzuschuss verändert sich dadurch nicht.

Der Neuanschaffung eines Kindergartenbauwagens wird zugestimmt, für den Kauf erhält der Träger einen einmaligen Zuschuss in Höhe von maximal 51.800 Euro.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Schmidt

**Beratungsverlauf:**

Herr **Brändle** (FB Bildung und Familie) informiert zum Thema. Die Erweiterung der Naturgruppe sei eine kostengünstige Möglichkeit weitere Betreuungsplätze zu generieren. Der Bedarf sei gegeben. Ohne zusätzliche Betriebs- und Personalkosten können 5 weitere Kinder dieses Angebot wahrnehmen.

Die Vorlage sei interessant, so Stadtrat **Bauer**. Durch Kreativität konnte hier viel erreicht werden. Er fragt, ob noch weitere Möglichkeiten aufgetan werden können.

Stadträtin **Dr. Traub** hebt die Vorteile der Naturgruppe hervor.

Stadträtin **Moersch** stimmt gerne zu und freut sich über die Erweiterung der Gruppe.

Mit überschaubaren Kosten könne der Bedarf auf diese Plätze gedeckt werden, freut sich Stadträtin **Metzger**.

Stadtrat **Heer** stimmt ebenso gerne zu. Weitere Plätze werden darüber hinaus benötigt.

Stadträtin **Dr. Klünder** wünscht mehr Information zur Beförderung der Kinder, insbesondere zum Sammeltaxi.

Die Beförderung wird bisher durch die Eltern selbst organisiert, informiert Herr **Brändle**. Der Weg sei weit und nicht leicht zugänglich. Die Infrastruktur müsse gegeben sein. Das Angebot der Naturgruppe sei eine Ergänzung und könne nicht flächendeckend installiert werden.

EBM **Seigfried** geht ergänzend auf das Nischenprodukt der Naturgruppen ein. Das Angebot sei toll und werde gefördert, jedoch müsse das Umfeld gegeben sein. Zudem müssen Erzieherinnen und Erzieher, sowie Eltern, hierfür aufgeschlossen sein.

Stadtrat **Dengel** interessiert sich für die tatsächliche Weglänge.

TOP 3                      Beschluss der Erweiterungsmaßnahme des  
                                  evangelischen Kinder- und Familienzentrums Bei  
                                  der Kreuzkirche (Naturgruppe)

Vorl.Nr. 319/19

---

EBM **Seigfried** schätzt die Weglänge auf 2 km. Dies sei mit einer Kindergruppe in einer angemessenen Zeit nicht leistbar und lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 4                      Maßnahmen zur Bedarfsplanung  
                                  Kindertageseinrichtungen  
                                  - Bericht zum Ausbauprogramm 2018-2028

---

**Beratungsverlauf:**

Siehe TOP 4.1

TOP 4.1                    - Beschluss der Bedarfsplanung  
                                  (Vorberatung)

Vorl.Nr. 400/19

---

**Beschlussempfehlung:**

1. Änderungsanträge der Kindertageseinrichtungen:
  - 1.1. Den beantragten Änderungen des Betreuungsangebots laut Anlage 1 für das Kindergartenjahr 2020/21 wird zugestimmt.
  - 1.2. Dem Personalmehrbedarf in städtischen Einrichtungen von 0,23 Stellen wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend:        Stadträtin Schmidt

**Beratungsverlauf:**

Frau **Schmetz** und Herr **Brändle** (FB Bildung und Familie) berichten über den Ausbauplan anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Zum Stichtag 30.06.2019 sei bereits der neue Protokollauszug Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales 11.12.2019

---

---

Zuschnitt der Schulbezirke berücksichtigt. Zu diesem Zeitpunkt konnte die Einrichtung Early Bird noch nicht eingerechnet werden. Es konnte eine deutliche Entspannung im Ü3-Bereich erreicht werden. Weitere Maßnahmen seien beraten und beschlossen. Frau Schmetz geht auf die geplanten Einrichtungen Early Bird, Landratsamt, Brahmsweg, Grünbühl-Sonnenberg, Beethovenstraße und Jägerhofkaserne, ein. Durch die Anmeldehilfe kann der Bedarf festgestellt und gegebenenfalls auf altersgemischte Gruppen ausgewichen werden.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** merkt an, dass die geplanten Einrichtungen bis zur Nutzung noch eine Zeitdauer in Anspruch nehmen. Man solle die Priorität bei den aufsiedelnden Gebieten sehen. Ansonsten sei man momentan gut aufgestellt.

Die Plätze vor Ort seien wichtig, so Stadträtin **Dr. Traub**. Eine weite Anfahrt solle vermieden werden. Der Bedarf und das vorhandene Personal müsse angepasst werden.

Stadträtin **Moersch** geht auf die Aufsiedlung der Wohngebiete und die daraus resultierenden steigenden Zahlen ein. Die Momentaufnahme zeigt eine gute Aufstellung. Weiter geht sie auf die Personalsuche, Schaffung weiterer Plätze, sowie finanzielle Mittel, ein.

Die Plätze im U3-Bereich müssen ausgebaut und die Rahmenbedingungen geschaffen werden, so Stadträtin **Metzger**. Sie sieht es positiv, dass der Bedarf im U3-Bereich vorhanden sei. Der Weg sei richtig.

Eine wohnortnahe Versorgung wünscht Stadtrat **Heer**. Die Stadt sei gut aufgestellt. Das Gehaltsgefüge müsse bei der Personalsuche beachtet werden. Bei der Aufsiedlung der Wohngebiete müssen Plätze geschaffen werden.

Stadträtin **Dr. Klünder** fragt nach der personellen Aufstellung der Stadt im Vergleich zu den privaten Trägern.

Man pflege einen regen Austausch mit den privaten Trägern, so Frau **Schmetz**. Alle haben mit denselben Herausforderungen bezüglich des Fachkräftemangels zu kämpfen.

Man brauche im U3 und Ü3-Bereich noch weitere Kindergartenplätze, fügt EBM **Seigfried** hinzu. Die komplexen Vorschriften, wie Baurecht, Fachkräftegebot und Gesundheitsvorschriften müssen beachtet werden. Weiter geht EBM Seigfried auf den Personalmangel ein. Hier stehe man im engen Austausch mit den Trägern. In der Folge müssen Gruppen geschlossen und Öffnungszeiten eingeschränkt werden. Hinzu komme ab dem Jahre 2025 ein Rechtsanspruch auf Ganztagsplätze in Schulen. Dies fordere zudem weiteres pädagogisches Personal. Momentan wolle man die Personalgewinnung nicht auf das europäische Ausland ausweiten. Ludwigsburg biete enorm viele Sprachprogramme. Zur Stärkung des Fachkräfteangebotes seien Beschlüsse gefasst worden, die erst im nächsten Jahr zur Wirkung kommen. Vielen Eltern könne derzeit kein Kindergartenplatz angeboten werden. Die Nachfrage und das Angebot stehen nicht im Einklang. Das politische Versprechen auf einen Platzanspruch kann in der Realität nicht umgesetzt werden. Die Regularien, wie Gruppengröße, Personalschlüssel und Räumlichkeiten müssen eingehalten werden.

Stadträtin **Moersch** spricht die Schwankungen im europäischen Ausland an.

Enorme Schwankungen gebe es durchaus auch in Deutschland, Baden-Württemberg habe

bundesweit den besten Personalschlüssel, so EBM **Seigfried**. Weiter geht er auf den hohen Migrationsanteil und enormen Integrationsdruck ein. Er wünsche sich eine flexiblere, temporäre Lösung. Eine generelle Aufweichung werde nicht gewollt. Das qualitativ gut ausgebaute System der frühkindlichen Bildung solle nicht Schaden nehmen. Eine temporäre, geringe Aufstockung der Gruppen sei vom Kultusministerium abhängig. Kommunale Landesverbände, die freien Träger und der KVJS seien hierfür aufgeschlossen.

Stadträtin **Shoaleh** wünscht eine schnelle Realisierung der Projekte. Bei der Platzvergabe wünscht sie eine wohnortnahe Lösung und bittet um Ausnahmemöglichkeiten.

Die Betreuungsqualität leide unter einer Aufstockung vermutlich nicht, merkt Stadtrat **Prof. von Stackelberg** an. Das derzeitige Einsparpotential, durch die aus personellen Gründen nichtabgedeckten Zeiten und Plätze, könne für weitere Programme und attraktive Arbeitszeitmodelle eingesetzt werden. Der Markt der Reaktivierung solle beworben werden.

Frau **Schmetz** informiert, dass die Aktivierung bereits betrieben werde. Es seien keine Ressourcen vorhanden. Das Programm und der Beruf werden beworben.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorlage abstimmen.

### **Beratungsverlauf:**

Frau **Weilguni** und Frau **Rall-Lubecki** (AWO Ludwigsburg) berichten über das Bundesprogramm anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Die Stadt Ludwigsburg habe im Jahre 2017 dieses Bundesprogramm beantragt. Seit September 2017 werde das Programm durch die AWO durchgeführt. Die finanztechnische Abwicklung erfolgt durch die Stadt und diese fördert mit einem jährlichen Eigenmittelanteil. Ansonsten werde das Programm vom Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend bis Ende 2020 gefördert. Der Fokus liege auf Familien mit Fluchterfahrung.

EBM **Seigfried** dankt der AWO für die Übernahme dieses zusätzlichen therapeutischen Angebotes und eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Klünder** wünscht Informationen zum Auswahlkriterium der Anker-Kitas.

Frau **Weilguni** teilt mit, dass diese in Zusammenarbeit mit der Verwaltung ausgewählt wurden. Hier seien die Nähe zu einer Flüchtlingsunterkunft und Erfahrungswerte der Kindertagesstätte eingeflossen.

Stadtrat **Dengel** dankt für die gute Arbeit und will wissen, wie weitere Kinder erreicht und im Programm integriert werden können.

In der vorläufigen Unterbringung liege die Anzahl der Kinder im Alter von 0-3 Jahren bei 29. In der Anschlussunterbringung seien 47 Kinder im Alter von 0-3 Jahren und 43 Kinder im Alter von 3-6 Jahren, fügt EBM **Seigfried** hinzu.

Man stehe in einem engen Austausch mit der Flüchtlingssozialarbeit der Stadt, so Frau **Weilguni**. Aufgrund der erforderlichen Räumlichkeiten sei ein Angebot nicht in jeder Unterkunft möglich.

Stadträtin **Moersch** geht auf die belastende Fluchterfahrung und die Verarbeitung ein. Die Arbeit sei gut und präventiv. Sie wünscht mehr Information zu Sprachbarrieren und Vermittlung an weitere fachkundige Unterstützung.

Frau **Rall-Lubecki** und Frau **Weilguni** merken an, dass viel Empathie gefragt werde. Durch die regelmäßigen Angebote entstehe Vertrauen. Zudem stehe man im engen Kontakt zur Flüchtlingssozialarbeit, sowie den Kindertagesstätten. Traumaaarbeit erfordere eine fundierte Ausbildung. Gegebenenfalls werden Kontaktadressen weitergegeben und vermittelt.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass für hochtraumatisierte Kinder externe therapeutische Hilfe in Anspruch genommen werde.

### **Beratungsverlauf:**

Frau **Schmetz** und Frau **Mehring** (FB Bildung und Familie) berichten über die Leistungen für Familien in Ludwigsburg anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Explizit werden die Möglichkeiten und die große Bannbreite der zusätzlichen Leistungen und Zuschüsse für Familien vorgestellt. Die Information werde auf die Homepage, mit einer Verlinkung zur entsprechenden Antragsbehörde, gestellt.

EBM **Seigfried** merkt vor Eröffnung der Aussprache an, dass die Pakete unterschiedlich abgerufen werden. Ziel sei, dass die Leistungen in Anspruch genommen werden.

Die Familienzentren, Kindereinrichtungen und Schulsozialarbeit sollen informiert werden und die Information transportieren, so Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**.

Die Familien haben ein Recht auf diese Leistungen und sollten diese auch abrufen, merkt Stadträtin **Moersch** an und lobt den tollen Überblick. Die Information solle an Schulen und Kindergärten weitergegeben werden und verständlich und niederschwellig bei den Eltern ankommen.

**Beratungsverlauf:**

Frau **Wiest** (Kontaktstelle Ludwigsburg/ Region Stuttgart) berichtet über die Kontaktstelle Frau und Beruf anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Die Einrichtung sei eng an das Wirtschaftsministerium angebunden, so EBM **Seigfried** und eröffnet die Aussprache.

Das Gremium zeigt sich vom Vortrag sehr beeindruckt.

**Beschluss:**

Der Kreis der Berechtigten für den Erhalt der Ludwigsburg Card wird erweitert auf Haushalte mit geringem Einkommen, in denen nur eine Person lebt. Die Anspruchsvoraussetzung, dass ein oder mehrere kindergeldberechtigende Kinder in der Familie leben, entfällt.

Die Einkommensgrenzen werden entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung angepasst.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:     Stadträtin Schmidt  
                          Stadtrat Prof. von Stackelberg

**Beratungsverlauf:**

Herr **Henning** (FB Bürgerschaftliches Engagement, Soziales und Wohnen) geht auf die Vorlage ein.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** freut sich über die Anpassung.

Die Maßnahme sei ein kleiner Schritt in Richtung Chancengleichheit und betreffe einen wichtigen Personenkreis, so Stadträtin **Dr. Traub**.

Die Anpassung sei wichtig, merkt Stadtrat **Dengel** an und stimmt der Vorlage ebenso zu.

Arbeit bedeute leider nicht gleichzeitig eine gesellschaftliche Teilnahme, so Stadträtin **Metzger**. Das Signal sei gut.

Die Anpassung sei gerechtfertigt und notwendig, fügt Stadtrat **Heer** hinzu. Er hofft auf einen regen Gebrauch. Das Angebot solle beworben und die Schamgrenze reduziert werden.

Stadträtin **Dr. Klünder** sieht ebenso in der Schamschwelle eine Hürde, die überwunden werden solle.

Die Angebote sollten regelmäßig für die Zielgruppe angepasst werden, fügt Stadträtin **Shoaleh** hinzu.

EBM **Seigfried** merkt an, dass die Änderungen beworben und über Multiplikatoren verbreitet werden. Viele Angebote seien relativ leicht zugänglich. Auch die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen solle nicht am Preis scheitern. EBM Seigfried lässt über die Vorlage abstimmen.

### **Beratungsverlauf:**

Frau **Ott** und Herr **Schindler** (FB Bürgerdienste) stellen den Jahresbericht 2019 anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, vor.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** interessieren die unterschiedlichen Preise für die Räumlichkeiten zur standesamtlichen Trauung. Sie dankt dem Fachbereich für die tolle Arbeit und die umfangreiche Information. Sie geht weiter auf das Ambiente der Büroräume ein, hier könne noch viel verbessert werden.

Die Bürgerdienste seien ein Aushängeschild für die Verwaltung, so Stadträtin **Dr. Traub** und lobt den Fachbereich. Der Fachbereich arbeite kreativ, innovativ und erfrischend. Weitere Bewertungsportale sollen ebenso betrachtet und ausgewertet werden.

Die neuen Trauorte seien interessant und attraktiv, merkt Stadträtin **Moersch** an. Sie spricht ein großes Lob an die freundlichen und kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachbereiches aus.

Stadträtin **Metzger** lobt insbesondere die umfangreiche, akribische Ausarbeitung der Fragebögen.

Stadtrat **Heer** lobt die tolle Location für Trauungen und die Arbeit des Fachbereiches. Dieser sei ein Aushängeschild für die Verwaltung.

Frau **Ott** geht auf die Kosten ein. Außerhalb der Öffnungszeiten fallen Zusatzkosten in Höhe von 95 Euro an. Die Kosten für Trauungen im Schloss betragen 750 Euro, dies sei ein landeseinheitlicher Preis. Die Trauung im Mathildengarten betrage bisher 250 Euro.

Stadtrat **Bauer** geht auf die Anfrage anderer Städte ein. Hier werde in Verbindung mit dem Innovationsnetzwerk Neues vorangetrieben.

EBM **Seigfried** geht allgemein auf die Unterbringung der Büroräume ein. Diese beinhaltet eine große finanzielle Hürde. Die hohe Dienstleistungsqualität der Bürgerdienste werde von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen. Im Anschluss schließt EBM Seigfried den öffentlichen Teil der Sitzung.